

Gleichwohl kam der Dalai Lama mit Abgeordneten und Senatoren der Nationalversammlung zusammen, traf sich mit dem Bürgermeister von Paris, Tiberi, sowie dem sozialistischen Parteivorsitzenden Jospin und traf auch noch mit Justizminister Toubon zusammen, wobei dieses Treffen allerdings als "privat" bezeichnet wurde. (Radio Beijing in SWB, 31.10.96)

In einem Gespräch mit der Tageszeitung *Le Monde* wies der Dalai Lama erneut auf den "kulturellen Völkermord" hin, der in Tibet um sich greife: Man könne sich notfalls zwar mit dem Verlust der politischen Unabhängigkeit abfinden; den Verlust der eigenen Kultur, die Zerstörung der geistigen Werte und des tibetanischen Buddhismus dagegen könne niemand hinnehmen, betonte der 60jährige Dalai Lama, der im Eintreten für das religiöse und kulturelle Erbe Tibets seine wichtigste Lebensaufgabe sieht. -we-

\*(4)

#### "Böswillige Einmischung des Europaparlaments" in die Wei Jingsheng-Affäre

Der 46jährige Dissident Wei Jingsheng, der seit seiner Kritik am chinesischen Regime, vor allem aber am Führungsstil Deng Xiaopings, seit 1979 fast ununterbrochen im Gefängnis gesessen hat und als eine Art "Volksfeind Nr.1" gilt, ist vom Europäischen Parlament am 24.10.96 mit dem "Sacharow-Preis für geistige Freiheit" ausgezeichnet worden, der seit 1988 an Persönlichkeiten verliehen wird, die sich in vorbildlicher Weise für die Menschenrechte eingesetzt haben. Der nach dem verstorbenen russischen Dissidenten Andrej Sacharow benannte Preis ist mit 28.500 DM dotiert.

Die Reaktion der VR China fiel erwartungsgemäß aus. Es war von "böswilliger Einmischung des Europaparlaments in innere Angelegenheiten der VR China" die Rede. (XNA, 25.10.96)

Wei wurde im Mai 1950, also nur wenige Monate nach Gründung der Volksrepublik China, als Sohn eines Offiziers geboren. Während der Kulturrevolution schloß er sich zunächst, wie Millionen seiner Altersgenossen, begeistert den Rotgardisten an; als die *Hongweibing* jedoch im Zuge der 1967 angelaufenen Restabilisierungspolitik zunächst in die Enge getrieben, dann gar verfolgt wurden, war es auch mit dem Enthusiasmus

Wei Jingshengs zu Ende: Er floh zunächst in die Provinz Anhui, wurde dort jedoch aufgespürt und in eine Umerziehungsanstalt geschickt. Nach seiner Entlassung arbeitete er als Elektriker im Beijinger Zoo. 1979, beim "Beijinger Frühling", stand Wei an vorderster Front der Protestbewegung und schrieb zahlreiche *dazibao*, d.h. große Wandzeitungen, die damals an allen Ecken und Enden der Hauptstadt auftauchten. Wei zog seine Kritik vom linken marxistischen Standpunkt her auf und griff die Reformer, vor allem aber Deng Xiaoping persönlich als eine Clique von Personen an, die systematisch gegen den wahren Geist des Sozialismus verstießen.

Als der Beijinger Frühling im März 1979 durch den harten Kurs der "Vier Grundprinzipien" (maßgebend seien einzig und allein die Parteiführung und der Sozialismus) abgelöst wurde, war es auch mit der Meinungsfreiheit Weis zu Ende: Er wurde, wie erwähnt, noch im gleichen Monat festgenommen und zu 15 Jahren Haft wegen "konterrevolutionärer Verbrechen" verurteilt. Bis auf ein halbes Jahr hatte Wei diese gesamte Strafzeit im Gefängnis abzusitzen. Im September 1993 kam er frei, wobei die Regierung mit diesem "Gnadenakt" offensichtlich ihre Absicht verfolgte, die Olympischen Spiele im Jahre 2000, die wegen der Menschenrechtsverstöße Chinas schon damals in die Ferne zu rücken schienen, im letzten Augenblick doch noch für die VRCh zu retten.

Nachdem Beijing vom IOC jedoch eine Abfuhr erhalten und nachdem auch Wei Jingsheng zahlreiche Interviews gegeben hatte, seine Haftbedingungen schildert, seinen Kampf um Demokratie und Menschenrechte erläutert und immer wieder erklärt hatte, er werde jederzeit wieder so handeln wie 1978, begannen die Behörden erneut, seine Überwachung zu verschärfen. Im April 1994 wurde er ein zweites Mal festgenommen und dann, im Dezember 1995, wegen angeblichen Umsturzversuchs zu weiteren 14 Jahren Gefängnis verurteilt.

Müßte er erneut diese Zeit absitzen, so wäre er 59 Jahre, ehe er wieder auf freien Fuß käme.

Wei Jingsheng ist für Beijing und vor allem für die chinesische Außenpolitik eine schwere Hypothek - und mit seinem Schicksal zu einer Metapher für die schwärzeren Seiten der VRCh geworden. Während die Namen der meisten anderen Dissidenten dem durch-

schnittlichen Ausländer unbekannt sind, hat es Wei zum Stellenwert eines nationalen Helden und eines Dissidenten schlechthin gebracht. Mit dem Sacharow-Preis hat die EU, wie Beijing es notwendigerweise sehen muß, Wasser auf die Mühlen des Dissidententums geleitet.

China wird sich überlegen müssen, ob es hier in Trotzreaktionen verharrt oder ob es nicht doch eine schnelle Begnadigung ausspricht. -we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

\*(5)

#### Das 6. Plenum des XIV. KP-Zentralkomitees: Aufrufe zur geistig-ideologischen Erneuerung

Vom 7. bis zum 10. Oktober hielt das XIV. Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas seine 6. Plenartagung ab. Insgesamt nahmen 181 Vollmitglieder und 124 Kandidaten des ZK an der Tagung teil, die von KP-Generalsekretär Jiang Zemin geleitet wurde. Darüber hinaus waren auch - allerdings nicht stimmberechtigte - Mitglieder der ZK-Disziplinungskommission und leitende Funktionäre aus anderen ZK-Abteilungen anwesend.

Das Plenum befaßte sich mit Fragen der "Förderung des sozialistischen ethischen und kulturellen Fortschritts" und verabschiedete eine diesbezügliche Resolution (zum Inhalt der Resolution siehe im Detail die Übersicht unter der Rubrik "Kultur"). In dem Dokument wird festgestellt, daß der geistig-ideologischen Schulung und dem ethisch-kulturellen Fortschritt in der Arbeit der Partei seit den achtziger Jahren zum Teil nicht genug Bedeutung beigemessen worden sei. Wissenschaft, Bildung, Kultur und ethische Entwicklung müßten nun gezielt gefördert werden. "Sozialistische Bürger", die hohe Ideale, moralische Integrität und einen ausgeprägten Sinn für Disziplin verkörperten, müßten herangebildet werden. Dadurch werde das soziale Klima, die öffentliche Ordnung und die Lebensumwelt verbessert. Den Medien ist eine besonders wichtige Rolle bei der Schaffung einer modernen sozialistischen Kultur zugeordnet, die unter Anleitung der Partei entstehen soll. Mit der Durchführung von Maßnahmen zur Förderung des

ethisch-kulturellen Fortschritts soll eine spezielle Kommission des ZK betraut werden.

Vor zehn Jahren hatte bereits das 6. Plenum des XII. ZK sich mit Fragen der sozialistischen "geistigen Zivilisation" befaßt. Zu jener Zeit hatte allerdings der Kampf gegen das geistig-ideologische Erbe der Kulturrevolution noch an prominenter Stelle gestanden. Darüber hinaus wurde in der damaligen Resolution die Absicht erklärt, neben der wirtschaftlichen auch eine politische Strukturreform in Angriff zu nehmen. Die diesjährige Resolution ist in dieser Hinsicht sehr viel farbloser und in der Tendenz defensiv: Die Verteidigung des Sozialismus und der Herrschaft der Kommunistischen Partei, die 1986 noch kaum in Gefahr schienen, steht 1996 im Vordergrund. (Für einen interessanten Vergleich der Resolutionen von 1986 und 1996 siehe CNA, Nr. 1571, S. 4.)

Über die Resolution hinaus faßte das ZK keine weiteren Beschlüsse etwa über wirtschaftliche oder personelle Fragen. Das 6. Plenum sollte offenkundig ausschließlich der Konsensbildung in ideologischen Fragen dienen, die aufgrund des vorrangigen Einsatzes für die wirtschaftliche Entwicklung seit 1992 stark in den Hintergrund getreten waren. In dieser Hinsicht war das Plenum eine vorbereitende Konferenz des XV. Parteitages, der in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres stattfinden soll: Dann müssen heikle Entscheidungen über höchste Führungspositionen in Partei und Staat getroffen werden (Ministerpräsident Li Peng wird nach zwei Amtszeiten seine Position an der Spitze des Staatsrates aufgeben müssen), die Anlaß zu größeren politischen Auseinandersetzungen sein könnten.

Die jüngste ZK-Resolution ist ein typisches Kompromißpapier, das aus monatelangen Konsultationen und Detailrevisionen (siehe hierzu Xinhua, 11.10.1996, und insbesondere schon *Jingbao*, 1996/8, S. 6-8) hervorgegangen ist und allen innerparteilichen politischen Strömungen gerecht zu werden versucht. Insofern ist das Dokument eine Verkörperung des Führungsstils von Jiang Zemin, der offene Auseinandersetzungen in der Partei unter allen Umständen vermeiden will und sich nicht ohne Erfolg bemüht, als zentrale Figur des Ausgleichs zwischen widerstreitenden Interessen für Frieden in der Partei zu sorgen. Parteimitgliedern, die in der jüngsten ZK-Resolution nach ideologischer Orientierung in einer Zeit rapiden

wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Wandels suchen, wird das Dokument keine große Hilfe sein: Wie sich die sozialistische Ideologie mit marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien in der Praxis vereinbaren läßt, bleibt ungeklärt.

Einem Beitrag in der derzeit bestinformierten Hongkonger Zeitschrift *Jingbao* (*Spiegel*, 1996/11, S. 34-37) zufolge ist es auf der diesjährigen ZK-Tagung ruhiger zugegangen als in den Vorjahren. Kontroverse Diskussionen blieben weitgehend aus. Die Vorlage für die ZK-Resolution war bis in einzelne Formulierungen hinein dermaßen sorgfältig ausbalanciert, daß keine der verschiedenen Meinungsgruppen im ZK sich übergangen fühlen konnte. Sowohl die dezidierten Reformer als auch skeptische Marxisten-Leninisten finden ihre Positionen in dem Papier wieder. Dessen Wert besteht nicht in dem - wenig originellen - Inhalt, sondern vielmehr in der Bündelung der ideologischen Diskussion und in der Konsensbildung im Hinblick auf den XV. Parteitag 1997. Das ZK-Politbüro und insbesondere Jiang Zemin, der im Vorfeld des Plenums vielfältige persönliche Konsultationen unternommen hatte, waren mit dem reibungsarmen Verlauf offenbar zufrieden.

Der Hongkonger Artikel weist zugleich darauf hin, daß konfliktträchtige Themen, die zuvor während einer Sommerkonferenz der Parteiführung im Badeort Beidaihe kontrovers diskutiert worden waren, auf der Plenartagung nicht offen zur Sprache kamen: die aus der Sicht vieler Provinzfürhungen zu restriktive Stabilisierungspolitik der Zentralregierung, der besorgniserregende Zustand der defizitären staatlichen Großbetriebe, Unzufriedenheiten mit einer aus der Sicht vieler Parteifunktionäre und Militärvertreter zu "weichen" Außenpolitik gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan sowie die wachsende innerparteiliche Unruhe angesichts eines im nächsten Jahr notwendigen umfassenden Revirements in höchsten politischen Ämtern. *Jingbao* zufolge hat der Ständige Ausschuß des Politbüros beschlossen, die Personalvorschläge Ende dieses Jahres zur parteiinternen Diskussion vorzulegen; Leitgedanke werde es sein, möglichst viele neue Kräfte in die politische Führung einzubinden, aber zugleich erfahrene Spitzenkader in leitenden Funktionen zu halten, um einen möglichst bruchlosen Generationswechsel zu vollziehen.

Darüber hinaus soll der Ständige Ausschuß des Politbüros sich selbst eine Art "Maulkorb" auferlegt haben: Um das geschlossene Erscheinungsbild der Parteispitze nach außen zu stärken, sollen programmatische Stellungnahmen und politische Initiativen von Mitgliedern des Ständigen Ausschusses, die über bereits gemeinsam vertretene Positionen hinausgehen, künftig in dem höchsten Entscheidungsgremium zuvor abegesenet werden. Durch diese Selbstbeschränkung soll es unmöglich werden, die "Einheit der Zentrale" in Frage zu stellen und die Mitglieder der Parteispitze auseinanderzuidividieren. So ist die Zeit vor dem XV. Parteitag bereits jetzt von vorsichtigem politischen Taktieren geprägt. Bahnbrechende politische Initiativen sind in einer solchen Phase nicht zu erwarten. -hei-

\*(6)

#### **Führungswechsel in Beijinger Stadtregierung: Spätfolgen der Korruptionsaffären**

Nach der schwerwiegenden Korruptionsaffäre um den ehemaligen Beijinger Stadtparteisekretär Chen Xitong, der im letzten Jahr aller Ämter enthoben und aus dem KP-Politbüro und Zentralkomitee ausgeschlossen wurde, ist es nun auch an der Spitze der Stadtregierung zu dem lange erwarteten Wechsel gekommen. Der aufgrund mehrjähriger Zusammenarbeit mit Chen Xitong in seiner Reputation angeschlagene Beijinger Bürgermeister Li Qiyang (58) reichte beim Ständigen Ausschuß des Beijinger Volkskongresses sein Rücktrittsgesuch ein. Der Ständige Ausschuß nahm das Gesuch sofort an und bestätigte den von der Parteizentrale zum Nachfolger Lis bestimmten Jia Qinglin (56) als neuen Amtsinhaber. (Xinhua, 29.10.1996)

Jia fungiert zunächst nur als "amtierender Bürgermeister", da er formal noch von einer Vollversammlung des Beijinger Volkskongresses im Amt bestätigt werden muß. Er war zuvor als Provinzparteisekretär in Fujian tätig und gilt als energischer Technokrat. Jia ist als Ingenieur ausgebildet und arbeitete lange Zeit in akademischen Institutionen, bevor er 1984 in einer Regierungsbehörde der Provinz Fujian eine leitende Position antrat. (SCMP, 25.10.1996) Er soll von Jiang Zemin gefördert worden sein.

Die Parteizentrale entschied, daß Li Qiyang vorerst Sekretär der Parteigruppe

(*dangzu*), also des Führungs- und Aufsichtorgans der Kommunistischen Partei im Arbeitsministerium wird. Offenbar soll er dort im nächsten Jahr die Position des in den Ruhestand tretenden Ministers Li Boyong einnehmen; dies würde bedeuten, daß Li Qiyang nur vorübergehend einen Karriereknick in Kauf nehmen müßte.

Auch in der Provinz Fujian kam es aufgrund des Weggangs von Jia Qinglin zu Veränderungen in der Führungsspitze: Der bisherige Provinzgouverneur Chen Mingyi wurde von der Parteizentrale zum amtierenden Provinzpartei sekretär ernannt. Zum amtierenden Provinzgouverneur wurde ein bislang als Vize minister im Ministerium für chemische Industrie arbeitender Funktionär, He Guoqiang, ernannt, der als stellvertretender Parteisekretär auch dem Provinzparteikomitee angehören wird. Der Ständige Ausschuß des Provinzvolkskongresses billigte den Personalvorschlag der Beijinger Zentrale. (Xinhua, 29.10.1996) -hei-

\*(7)

#### **Maßnahmen der Zentralregierung zur Durchsetzung der Finanzdisziplin**

Seit Anfang des Jahres hat die Zentralregierung eine Reihe von Entscheidungen und Zirkularen zur Stärkung der Finanzdisziplin in Staatsverwaltung (insbesondere Steuer- und Rechnungsprüfungsbehörden), Banken und Unternehmen verbreitet. Der Staatsrat hat im Oktober nun erneut zu einer Verstärkung der Kontrollen im Finanzwesen aufgerufen.

In den vergangenen elf Jahren seien im Jahresdurchschnitt rund 10 Mrd. Yuan RMB an widerrechtlich abgezweigten öffentlichen Mitteln durch intensivierete Finanzprüfungsmaßnahmen für den Staatshaushalt zurückgewonnen worden. Trotz solcher Erfolge dürfe man das bisher Erreichte nicht überschätzen: die Mechanismen der Überwachung und Kontrolle seien immer noch zu schwach entwickelt. Über lange Jahre hätte "Konfusion" im Finanzwesen geherrscht, die erst allmählich durch neue einheitliche Regulierungen abgebaut werden könne. In einigen Regionen, Behörden und Unternehmen gebe es weiterhin Steuerhinterziehung, Veruntreuung von staatlichen Finanzmitteln und Vermögenswerten, willkürliche Preis- und Gebührenerhöhungen und andere Verletzungen der Finanzdisziplin. Dies sei ein Mißstand, der eine

beständige und rasche Entwicklung der Volkswirtschaft behindere und nur durch eine "Vertiefung der Reformen", die Errichtung eines leistungsfähigen Rechtssystems sowie eine konsequente Anwendung geltenden Rechts zu beheben sei. (RMRB, 13.10.1996)

Bis Februar 1996 sollen deshalb alle Unternehmen, Institutionen, Behörden, soziale Organisationen und private Betriebe einer umfassenden Finanzprüfung unterzogen werden. Von diesen Maßnahmen erwartet das Finanzministerium Beiträge zur Konsolidierung des Staatshaushaltes und zur Bekämpfung der Korruption. (Xinhua, 14.10.1996) Die Staatliche Steuerhauptverwaltung kündigte an, Unternehmen mit ausländischer Beteiligung bis Juni 1997 einer besonders gründlichen Finanzprüfung zu unterziehen; die Steuerzahlungen solcher Unternehmen seien bislang weit hinter der Wachstumsrate im Joint-Venture-Sektor zurückgeblieben. An manchen Orten seien bis zur Hälfte der dort operierenden Unternehmen mit ausländischer Beteiligung nicht bei den Steuerbehörden registriert. Die Namen der Steuersünder unter diesen Unternehmen sollen nach der Finanzprüfung öffentlich bekanntgemacht werden. (AWSJ, 28.10.1996)

Massive Kritik übte der Direktor der Staatlichen Rechnungsprüfungsbehörde, Guo Zhenqian, an der verbreiteten Kollusion zwischen einzelnen Regierungsbehörden und Bankfilialen, die mit Hilfe von Kontenmanipulationen beachtliche Finanzmittel an der Staatskasse vorbeikanalisiert und damit dem Mißbrauch Tür und Tor öffneten. Die Rechnungsprüfer hätten in diesem Jahr häufig mit Fällen zu tun, in denen lokale Behörden bis zu einhundert Bankkonten unterhielten, um das wahre Ausmaß ihrer Einnahmen und Transfers zu verschleiern. Beachtliche Haushaltsmittel seien auf diese Weise in extrabudgetäre Fonds oder irreguläre "kleine Staats schätze" übertragen worden. Dadurch seien dem Haushalt der Zentralregierung große Einnahmenbeträge entzogen worden. Einige Geschäftsbanken seien aktiv an solchen Manipulationen beteiligt. Dies seien gravierende Verstöße gegen Weisungen der Zentralregierung. Denn in der Entscheidung des Staatsrates über die Verwaltung extrabudgetärer Mittel sei eindeutig bestimmt worden, daß Banken nur nach Genehmigung der zuständigen Finanzabteilungen die Eröffnung zusätzlicher Konten für extrabudgetäre Einnahmen zulassen dürfen. Viele der irregulären Praktiken dienten

ausschließlich den "illegitimen Interessen kleiner Gruppen oder einzelner". Die Rechnungsprüfungsbehörden sollen sich nun der Aufdeckung solcher Mißbräuche verstärkt zuwenden. (Xinhua, 17.10.1996) -hei-

\*(8)

#### **Bericht zur Durchführung des Arbeitsgesetzes: Probleme in manchen Regionen und Unternehmen**

Der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses hat in einem Bericht zur Durchführung des Anfang 1995 in Kraft getretenen Arbeitsgesetzes die Auffassung vertreten, daß gesetzgebende und administrative Organe auf zentraler wie auch auf regionaler Ebene vielfältige Anstrengungen unternähmen, um die neuen Bestimmungen des Gesetzes in die Praxis umzusetzen. (Xinhua, 26.10.1996) Die Inhalte des Gesetzes würden weithin verbreitet und erläutert; regionale Zusatzbestimmungen seien formuliert, Standards für Arbeitsbedingungen verbreitet und innerbetriebliche Konflikte mit Hilfe der neuen gesetzlichen Bestimmungen beigelegt worden.

Im September hatte der Ständige Ausschuß des NVK fünf Inspektionsgruppen ausgesandt, um den Stand der Durchführung des Gesetzes in fünf Provinzen und Autonomen Regionen zu untersuchen. In Ergänzung zum Arbeitsgesetz habe das Arbeitsministerium rund 50 Bestimmungen über Detailfragen des Arbeitsrechts erlassen. Bis zum Juni dieses Jahres hätten fast 99 Mio. Arbeitnehmer die im Gesetz vorgeschriebenen Verträge mit ihren Betrieben abgeschlossen. Auch im Bereich der Sozialversicherung habe man Fortschritte erzielt: Schon 87,5 Mio. Arbeiter und 22,5 Mio. Pensionäre nähmen am neuen System der Altersversicherung teil, das sich auf Beiträge von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierung stützt. Darüber hinaus hätten bis zum Ende des vergangenen Jahres bereits in 29 Provinzen sowie in insgesamt 2.800 Bezirken oder Kreisen spezielle Aufsichtsorgane damit begonnen, die Einhaltung der neuen arbeitsrechtlichen Bestimmungen in den örtlichen Unternehmen zu überwachen. Der Ständige Ausschuß des NVK wies auch darauf hin, daß manche regionalen Verwaltungen noch Schwierigkeiten mit der Umsetzung des Arbeitsgesetzes hätten. Insbesondere Unternehmen mit ausländischer Beteiligung sowie Gemeinde- und Privatunternehmen gehörten zu den Nachzüglern etwa im Ab-

schluß von Arbeitsverträgen mit ihren Angestellten. Außerdem würden die Rechte der Arbeitnehmer in manchen Fällen mißachtet. -hei-

\*(9)

### Wachsende Zahl von Gerichtsverfahren gegen örtliche Verwaltungen

Nach Angaben des Obersten Volksgerichts hat die Zahl der Verwaltungsklagen insbesondere wegen individueller Amtsverfehlungen oder überhöhter Gebührenforderungen in diesem Jahr stark zugenommen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres seien mehr als 38.000 Klagen gegen öffentlich Bedienstete durch die Gerichte behandelt worden. Dies entspreche einer Steigerung von knapp 50% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Rund 7.000 Verfahren seien gegen Angehörige der Polizei (Abteilungen für Öffentliche Sicherheit) angestrengt worden, eine kleinere Zahl (238) gegen Angehörige der Steuerbehörden. Im ersten Halbjahr seien 24.200 Verwaltungsverfahren von den Gerichten abgeschlossen worden, ein Zuwachs von knapp mehr als 50% gegenüber 1995. (XNA, 28.10.1996)

Auch in vielen ländlichen Regionen, so der Oberste Gerichtshof, treten die Gerichte in wachsendem Maße für den Schutz der Rechte und Interessen der Bauern insbesondere gegen überhöhte, illegale Gebührenforderungen von seiten örtlicher Behörden ein. Der Staatsrat habe seit 1991 eine Reihe von Verordnungen erlassen, die die Landbevölkerung vor unzumutbaren Gebühren schützen sollen. Das Oberste Volksgericht habe im Gefolge entsprechende Zirkulare an die Gerichte der unteren Instanzen verbreitet, in denen zur verstärkten Behandlung von Klagen der Bevölkerung gegen örtliche Behörden aufgerufen wurde. In der Provinz Shandong seien von Januar 1995 bis Juni 1996 in anderthalb Jahren allein 2.700 Verfahren wegen überhöhter Gebühren eingeleitet worden (in der Provinz Jiangsu hingegen im gleichen Zeitraum nur 174). In der zentralchinesischen Provinz Hunan hätten die Gerichte zwischen 1993 und 1995 allein 2.600 solcher Klagen behandelt (in der weitaus größeren südwestchinesischen Provinz Sichuan im gleichen Zeitraum hingegen nur 614). (XNA, 29.10.1996) Als Kläger träten in der Regel Gruppen von Bauern auf, die sich zusammen über eine Gemeinde- oder Dorfleitung beschwerten. Gelegentlich hätten die loka-

len Gerichte auch damit zu kämpfen, daß die örtlichen Verwaltungen in das laufende Verfahren einzugreifen versuchten. Durch die Entscheidungen der Gerichte hätten viele lokale Gebührenordnungen korrigiert werden müssen, oder die Bauern hätten Entschädigungen für bereits erfolgte überhöhte Gebührenzahlungen zugesprochen bekommen. -hei-

\*(10)

### Führungskader müssen Rechtskenntnisse besitzen - Neue Initiativen des Justizministeriums

Ein neues Lehrbuch, das leitenden Funktionären in Partei und Staatsverwaltung juristisches Grundwissen nahebringen soll, ist im Oktober erschienen. Das in den Medien groß angekündigte Buch wird durch ein Vorwort von KP-Generalsekretär und Staatspräsident Jiang Zemin eingeleitet. Jiang, der damit öffentlich die Anstrengungen seines Politbüro-Kollegen Qiao Shi um die Modernisierung des chinesischen Rechtssystems unterstützt, hebt hervor, daß Rechtskenntnisse in die Arbeitsvorschriften für Kader einbezogen werden müßten und daß Partei- und Staatskader sich auch an die Rechtsvorschriften zu halten hätten. Als Herausgeber des Werkes wird der für die Aufsicht über das Rechtswesen zuständige Vorsitzende der ZK-Kommission für Politik und Recht, Ren Jianxin, angegeben.

Bemerkenswert ist die Stellungnahme der ZK-Organisationsabteilung zum Erscheinen des neuen Lehrbuches, in der auf eine gravierende Unterentwicklung des Rechtsverständnis in der Kommunistischen Partei hingewiesen wird, die zum Teil durch den Einfluß "feudalistischer" Traditionen und des kulturrevolutionären Rechtsnihilismus, aber auch durch autokratische Tendenzen unter Führungskadern hervorgerufen sei. (Xinhua, 25.10.1996)

Auch Justizminister Xiao Yang nutzte den Rückenwind von allerhöchster Stelle, der sich durch Jiang Zemins Einsatz für die Modernisierung des Rechtssystems ergab, um die Interessen seiner Behörde öffentlich zu artikulieren: Das politische, wirtschaftliche und soziale Leben und die gesamte Tätigkeit des Staates müßten künftig im Einklang mit dem Recht geregelt werden.

Das Justizministerium hat in jüngster Zeit mehrere neue Initiativen zum Aufbau des Rechtssystems ergriffen. So

kündigte das Ministerium an, daß es von Oktober bis Dezember eine Überprüfung praktizierender Rechtsanwälte durchführen werde. Die Aktion diene der Überwachung der Standesregeln und der Aufdeckung von Verstößen gegen die Standesordnung unter Chinas derzeit 95.000 Anwälten und 7.500 Anwaltsbüros. Die Überprüfung soll für eine reibungslose Umsetzung des am 1. Januar 1997 in Kraft tretenden neuen Anwaltsgesetzes sorgen. Das Justizministerium bereitet derzeit rund 40 Zusatzbestimmungen zum Anwaltsgesetz vor, die unter anderem die Aufsicht über den Anwaltsstand regeln sollen. In diesem Jahr haben sich 127.000 Bewerber um die Teilnahme am Anwaltsexamen beworben, etwa 10.000 mehr als im vergangenen Jahr. (Xinhua, 6./27.10.1996)

Darüber hinaus bemüht sich das Justizministerium auch darum, die Rechtsberatung an der Basis der chinesischen Gesellschaft zu verbessern. Seit den achtziger Jahren sind von Justizabteilungen in Stadtbezirken und Gemeinden mehr als 35.000 Rechtsberatungsstellen gegründet worden, in denen 110.000 Berater arbeiten. Zwischen 1991 und 1995 hätten diese Einrichtungen 1,4 Mio. Zivilverfahren begleitet und 25 Mio. Menschen in Rechtsfragen beraten. Nach Ansicht des Justizministeriums werden diese Rechtsberatungsstellen infolge des Übergangs zu einer sozialistischen Marktwirtschaft eine wachsende Rolle spielen. (Xinhua, 17.10.1996) -hei-

\*(11)

### Die Demokratiebewegung am Tiefpunkt: Wang Dan zu elf Jahren Haft verurteilt

Der durch seine führende Rolle in der Studentenbewegung von 1989 bekanntgewordene Dissident Wang Dan (27) ist von Beijinger Mittleren Volksgericht Nr.1 wegen "Umsturzversuchs" zu einer elfjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Nach einem ähnlichen Verfahren war der Dissident Wei Jingsheng im letzten Jahr zu vierzehn Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Wang Dan wurden seine regierungskritischen Beiträge der Jahre 1993 bis 1995 in mehreren ausländischen Zeitungen und Zeitschriften sowie seine Kontakte zu Wei Jingsheng und zur Exilopposition (Hu Ping, Wang Juntao) zur Last gelegt. (IHT, 31.10.1996; Xinhua, 30.10.1996)

Durch die Inhaftierung Wang Dans sind nun nahezu alle prominenten Regierungskritiker zum Schweigen gebracht worden. Neben Wei Jingsheng und Wang Dan sind derzeit in Gefängnissen und Straflagern bekannte Dissidenten wie Guo Haifeng, Liu Nianchun, Zhou Guoqiang, Bao Ge, Liu Xiaobo, Gao Yu, Chen Longde und Wang Donghai inhaftiert. (SCMP, 12.10.1996)

Sieben Jahre nach der städtischen Protestbewegung von 1989 sind die verbliebenen Beijinger oppositionellen Zirkel durch eine rigorose Repression nahezu vollständig zerschlagen worden. In den letzten Jahren hat sich der Aktivitätsschwerpunkt der organisierten Opposition deshalb in einige Provinzhauptstädte verlagert, wo die staatliche Unterdrückung zum Teil weniger konsequent gehandhabt wird. Die Zahl der dort noch aktiven Dissidenten läßt sich nicht zuverlässig angeben, es dürfte sich aber kaum um mehr als einige Dutzend handeln.

Unzweifelhaft ist, daß die organisierte Demokratiebewegung in China am Tiefpunkt ihrer Entwicklung seit 1978 angelangt ist. Diese Ansicht vertritt der ins politische Exil geflohene Dissidentenveteran Wang Xizhe. (IHT, 24.8.1996, siehe auch SCMP, 13.10.1996) Der chinesische Staat hat heute nur noch wenig von der versprengten demokratieorientierten Opposition zu befürchten. Die eigentliche Bedrohung für die Herrschaft der Kommunistischen Partei stellen nicht die wenigen verbliebenen und gesellschaftlich weitgehend isolierten Zirkel der Dissidenten dar, sondern die wachsende Unzufriedenheit unter Arbeitern und Bauern sowie in noch stärkerem Maße die vielfältigen Verfallserscheinungen im Herrschafts- und Kontrollapparat der Kommunistischen Partei: grassierende Korruption, politische Illoyalitäten und ideologische Orientierungslosigkeit. Wirklich gefährlich kann sich momentan wohl nur der Herrschaftsapparat selbst werden. -hei-

\*(12)

**Yao Wenyuan aus der Haft entlassen: der letzte Überlebende der "Viererbande"**

Yao Wenyuan, einer der wichtigsten Protagonisten der kulturrevolutionären Linken während der sechziger und siebziger Jahre wurde Anfang Oktober nach Verbüßen einer zwanzigjährigen Freiheitsstrafe aus der Haft entlassen. Yao

machte sich vor und während der "Großen proletarischen Kulturrevolution" (offizielle Datierung: 1966-1976) einen Namen als radikaler Ideologe und skrupelloser Kritiker von in Ungnade gefallenen Parteifunktionären und Intellektuellen. Nach 1966 stieg er in das Politbüro und an die Spitze des Propaganda-Apparates der Kommunistischen Partei auf. Nach dem Tod Mao Zedongs im Herbst 1976 wurde er als Mitglied der sogenannten "Viererbande" (so wurden die führenden Vertreter des "linken" Flügels im Politbüro, die sich um Maos Frau Jiang Qing sammelten, nach 1976 genannt) festgenommen und 1981 in einem Schauprozeß zu einer zwanzigjährigen Haftstrafe verurteilt (die fünf Jahre der Untersuchungshaft wurden angerechnet).

Yao ist insbesondere unter vielen Angehörigen der chinesischen Intelligenz verhaßt. Als treuer Gefolgsmann Maos und politischer Opportunist war Yao in führender Position an den Verfolgungen der Kulturrevolution beteiligt. Viele der hetzerischen Leitartikel, die in jener Zeit zur Vernichtung der "Rindsteufler und Schlangengeister" (*niugui sheshen*, damals die gängige Bezeichnung für Intellektuelle) aufriefen, wurden von ihm selbst verfaßt oder konzipiert. Im Zusammenhang mit der Trauer- und Protestbewegung von 1976 ("Bewegung vom 5. April") und der damit verbundenen Entfernung Deng Xiaopings aus allen politischen Ämtern wurden ihm weitreichende Manipulationen von Polizeiberichten und Medienberichterstattung nachgesagt und später vor Gericht durch Vorlage der Originaldokumente auch nachgewiesen. Angesichts der gegen die kulturrevolutionäre Linke gerichteten Proteste im April 1976 schrieb Yao in sein Tagebuch: "Warum können wir nicht ein paar von diesen kulturrevolutionären Elementen erschießen?" Als Mitglied der "Viererbande" wurde er beschuldigt, an einer Verschwörung zur Usurpation der Macht in Partei und Staat mitgewirkt zu haben.

Yao Wenyuan ist wahrscheinlich der letzte Überlebende der "Viererbande": Jiang Qing erhängte sich 1991 nach schwerer Krankheit, Wang Hongwen starb 1992 im Gefängnis, Zhang Chunqiao, über dessen Schicksal bislang keine offiziellen Stellungnahmen verbreitet wurden, soll ebenfalls zu Beginn der neunziger Jahre in der Haft verstorben sein. Da Yao Wenyuan über politisch höchst sensible interne Kenntnisse der Entscheidungsprozesse und Vorgänge während der Kulturrevolution verfügt,

ist es wahrscheinlich, daß er den Rest seines Lebens abgeschirmt von der Öffentlichkeit unter Hausarrest verbringen muß. -hei-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

\*(13)

**Beschluß über Vertiefung der Reform des Wissenschaftssystems**

Nach gut zehn Jahren ist in China Anfang Oktober 1996 ein neuer Beschluß über die Reform des Wissenschaftssystems erlassen worden. Der erste Beschluß vom März 1985 war vom ZK verabschiedet worden und gab grünes Licht für die zuvor schon an ausgewählten Instituten erprobte Reform (vgl. C.a., 1985/3, Ü 16). Der jüngste Beschluß wurde vom Staatsrat erlassen und hat die Vertiefung der Reform des Wissenschaftssystems während der Periode des 9. Fünfjahrplans, also die Jahre 1996-2000, zum Gegenstand (Wortlaut abgedruckt in RMRB, GMRB, 4.10.96). Die Reformziele und Grundzüge der Reform des Wissenschaftssystems werden in dem neuen Dokument beibehalten, doch akzentuiert es stärker die konkreten Aufgaben bis zum Jahr 2000. Vor zehn Jahren war es darum gegangen, die Reform des Wissenschaftssystems in Gang zu bringen, d.h. das geschlossene System staatlicher Forschungsplanung aufzugeben, Wissenschaft und Technik stärker auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zu lenken und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu verstärken, ferner die Finanzierung und die Personalpolitik auf eine neue Grundlage zu stellen. Auf allen diesen Gebieten konnten im vergangenen Jahrzehnt zwar große Fortschritte erzielt werden, aber dennoch ist die Reform bislang nicht zufriedenstellend verlaufen, so daß aus der Sicht der Regierung der neue Beschluß notwendig wurde. Welche Defizite noch bestehen, wird im einleitenden Abschnitt des Beschlusses aufgezählt:

Aus verschiedenen Gründen, so heißt es dort, sei die Schlüsselrolle von Wissenschaft und Technik (fortan W+T) für die sozioökonomische Entwicklung noch nicht vollständig zum Tragen gekommen, auch sei die Gesamtkonzeption des Wissenschaftssystems noch